

Forum Über eritreische Flüchtlinge

# Bessere Beziehungen zu Eritrea

Eritreer sind erneut die grösste Gruppe der Asylbewerber in der Schweiz. Diese Tatsache sollte in Betracht gezogen werden, um die diplomatischen und politischen Beziehungen zu Eritrea endlich zu verbessern.

Von Damian Müller\*

Wieder einmal hatte es das Parlament richten müssen: Es waren Parlamentarier, die sich auf einer privaten Reise nach Eritrea vor Ort ein Bild über die Zustände gemacht haben, die Tausende von vornehmlich jungen Männern als Grund für die Flucht aus ihrer Heimat angaben. Und es war das Parlament, das eine Normalisierung des Verhältnisses zu Eritrea will und deshalb die diplomatische Präsenz in Asmara klar stärken will.

Dabei wäre es Aufgabe der zuständigen Departementsvorsteherin gewesen, sich auf höchster Ebene die nötigen Entscheidungsgrundlagen zu beschaffen. Zwar haben mehrmals hochrangige Beamte Eritrea besucht und dort auch Gespräche geführt, Fortschritte haben diese Dienstreisen aber keine gezeitigt. Stattdessen hat sie verlauten lassen, es sei «undenkbar, dass die Schweiz Menschen in einen Willkürstaat zurückschicke». Dass solche Aussagen die Regierung von Eritrea irritierten, ist mehr als verständlich. Und dass Asmara bezüglich der Rücknahme abgewiesener Asylbewerber eine harte Linie fuhr, ist für die Schweiz eine logische Folge. So kommen nach wie vor junge Eritreer in die Schweiz, um ein Asylgesuch einzureichen. 2825 im letzten Jahr. Damit stammte fast jeder fünfte Asylbewerber aus dem Staat am Horn von Afrika.

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat mittlerweile entschieden, 3400 Gesuche nochmals zu prüfen. Aber es hat auch gleich klargemacht, dass die vorläufige Aufnahme nur in wenigen Fällen aufgehoben wird. Wie viele Personen aber tatsächlich ausreisen werden, bleibt offen. Die Quote dürfte laut dem SEM auf unter zehn Prozent zu liegen kommen. Denn Zwangsausstattungen sind nicht möglich, weil Eritrea solche nicht akzeptiert. Eritreer, welche unser Land nach einem negativen Entscheid aber nicht freiwillig verlassen, haben nur noch Anspruch auf Nothilfe. Damit erklärt sich auch die Tatsache, dass über 80 Prozent



der eritreischen Flüchtlinge in der finanziellen Zuständigkeit des Bundes Sozialhilfe beziehen.

Inzwischen hat Eritrea seine Beziehungen zu Äthiopien, Somalia und Dschibuti normalisiert. Ende August 2018 besuchte der deutsche Entwicklungsminister Eritrea. Am 12. Oktober des letzten Jahres war der italienische Premierminister Conte offizieller Gast in Asmara. Auch hat der UNO-Sicherheitsrat die Sanktionen gegen Eritrea aufgehoben, und neuerdings versuchen die USA Eritrea wieder näher zu kommen. Und es ist keine zwei Wochen her, dass Ungarn sogar ein Rahmenabkommen über die Zusam-

**Eine neue Dynamik mit Eritrea muss dringend initiiert werden.**

menarbeit mit Eritrea unterschrieben hat.

Und die Schweiz? Eritrea muss und will als wichtiger Staat anerkannt werden. Für die Schweiz mit ihrer verhältnismässig grossen Diaspora wären gute Beziehungen zu Eritrea wichtig. Als Mitglieder der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats bin ich tief überzeugt, dass eine neue Dynamik dringend mit Eritrea initiiert werden sollte. In diesem Sinne setze ich auf die neue Führung im EJPD und auf Bundesrätin Karin Keller-Sutter.

\* Damian Müller ist Ständerat (FDP/LU).

Kommentar

## Die Schwachen und die Stärke der Gesellschaft

Dass Menschen, die keinen festen Wohnsitz haben, in Schaffhausen eine gut funktionierende Anlaufstelle haben – nämlich den sogenannten «Schärme» in einem ehemaligen Schwesternhaus gleich neben dem Kantonsspital –, ist hilfreich. Und gut ist auch, dass die Bewohner, die regelmässig im Haus mitarbeiten und einen Schlüssel haben, ihre Situation auf dem Geissberg immerhin als «okay» bezeichnen. Weniger erfreu-



Alfred Wüger  
Redaktor

alfred.wueger@shn.ch

**Niemand hat das Scheitern und den sozialen Abstieg gesucht.**

lich ist, dass das Haus selber recht heruntergekommen ist. Aber des Bleibens dort am Waldrand ist ohnehin nicht mehr lange. Spätestens Ende 2020 muss gezügelt werden. Wohin? Offenbar ist es den Verantwortlichen bis jetzt nicht gelungen, eine andere Altliedenschaft zu finden. Noch aber ist nicht aller Tage Abend. Dass der «Schärme» aber einfach in der nächsten Abbruchliegenschaft versorgt wird, soll nicht sein. Etwas viel Besseres als der Status quo muss her. Ja, ist denn das nicht übertrieben? Nein, es ist ganz und gar nicht übertrieben. Wenn wir in der Stadt Schaffhausen unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, denen es nicht so rosig geht, weiterhin mit Achtung und Respekt begegnen wollen, dann ist es unabdingbar, dass wir ihnen auch menschenwürdige Anlaufstationen anbieten: Niemand hat das Scheitern, die Verschuldung, die Drogensucht, den sozialen Abstieg, die Obdachlosigkeit gesucht. Die innere Stärke einer Gemeinschaft zeigt sich jedenfalls daran, wie sehr sie Fliehkräfte aushalten kann. Bis jetzt bekommt Schaffhausen in dieser Hinsicht gute Noten. Möge es so bleiben.

### Leserbriefe

#### Warnung vor einer Verstaatlichung der Handelsschule HKV

Zu «SVP-Kantonsrat: Schaffhauser KV ist zu teuer», SN vom 4. 2.

Man reibt sich die Augen: Am kommenden Montag stimmt der Schaffhauser Kantonsrat über eine Motion ab, welche die Abschaffung der privaten Trägerschaft der Handelsschule HKV vorsieht, mit nachfolgender Eingliederung der Schule ins Berufsbil-

**Ich warne davor, das Erfolgsmodell Handelsschule HKV mit seiner privaten Trägerschaft aufzugeben.**

dungszentrum. Begründung des Motivs: Aus Altersgründen würden die beiden Direktoren in naher Zukunft zurücktreten, und man könne dadurch eine Rektorsstelle einsparen. Dabei weiss man, dass durch die private Trägerschaft die Handelsschule seit Jahrzehnten äusserst schlank aufgestellt ist. Werden Überschüsse erzielt (zum Beispiel bei steigenden Schülerzahlen), fliessen diese zurück in die Kantonskasse. Sinken jedoch die Schülerzahlen, müssen die Fixkosten trotzdem finanziert werden. Das Kostenrisiko liegt

somit bei der Handelsschule HKV. Mit dem Beitrag des Kantons wird zudem die gesamte Infrastruktur der Schule abgedeckt (unter anderem Informatikeinrichtungen, Schulhaus, Hausdienst, Abwart). Treten unvorhergesehene Kosten auf, müssen diese ebenso durch die Schülerpauschale abgedeckt werden. Nachträgliche Kreditbegehren sind ausgeschlossen, ein weiterer entscheidender Vorteil für den Kanton. Ich warne davor, das Erfolgsmodell Handelsschule HKV mit seiner privaten Trägerschaft aufzugeben. Gerade mit ihrer privaten Trägerschaft hat die Schule über Jahrzehnte bewiesen, was es heisst, kostenbewusst mit den ihr anvertrauten Steuerfranken umzugehen. Es wäre blauäugig anzunehmen, dass sich die Zusammenlegung mit dem Berufsbildungszentrum und damit die faktische Verstaatlichung der Handelsschule HKV langfristig auszahlt.

Peter Schlienger  
Stetten

#### Einzelfall am BBZ?

Zu «Die Schule ist nun mal kein Ponyhof», SN vom 6. 2.

Im Artikel zu den Vorfällen am BBZ werden die Zerwürfnisse als isolierter Einzelfall dargestellt. Ich kenne weitere «Einzelfälle». Schon im «BBZ Info

Bulletin» 5\_2015/16 wurde festgehalten, dass sich an einer internen Mitarbeiterbefragung «einige nicht an der Befragung beteiligt haben aus Angst vor Jobverlust, Anzweiflung Anonymität der Befragung, Resignation etc.». Schade, dass Herr Gfeller im Artikel den Lehrpersonen unterstellt, «die Schule als Ponyhof» zu sehen und sich ihres wichtigen Auftrags nicht bewusst zu sein. Es ist sogar von Hexenjagd die Rede. Aber ich hoffe, Herr Gfeller wird trotzdem unvoreingenommen und auch selbst ohne Vorverurteilung seinen Untersuchungsauftrag durchführen können.

Caroline Stössel-Sittig  
Schaffhausen

#### Unter der Rubrik «Leserbriefe»

veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.

#### Korrigenda

RENOVIERTE «STUBE» STEHT IN DEN STARTLÖCHERN

SN vom 9. 2. 2019

Auch als Speiserestaurant steht die «Stube» in Marthalen für ein Feierabendbier oder einen Kaffee offen.

### Pressestimmen 40 Jahre Iranische Revolution



«Teheran beging vorgestern den 40. Jahrestag der Islamischen Revolution. Leider ist es der Regierung nicht vergönnt, sich gross feiern zu lassen. Das Land steht innen- wie aussenpolitisch vor ernsthaften Herausforderungen. Die Machtkämpfe zwischen konservativen Revolutionsführern und Reformern werden immer härter und offensichtlicher. Solange die USA die Sanktionen und den Druck aufrechterhalten, wird die Regierung von Präsident Rohani wenig Spielraum haben, die Situation im Land zu verbessern.» (Jiefang Ribao, China)



«Interessanterweise hat der Iran trotz der Mängel im hybriden klerikal-demokratischen System regelmässige Wahlen abgehalten. Das Land verfügt damit über ein höheres Mass an Demokratie als die meisten seiner arabischen Nachbarn. Der Iran ist vielleicht nicht bereit, seine Ideologie aufzugeben. Doch das Establishment muss härter arbeiten, um das Versprechen von Freiheit und Gerechtigkeit einzulösen, mit dem es vor 40 Jahren gegen das repressive Regime des Schahs Sturm gelaufen ist.» (Dawn, Pakistan)

#### THE IRISH TIMES

«Die anhaltende Macht der Mullahs verschleiern die tief greifenden Veränderungen in der iranischen Gesellschaft. Strenge Einschränkungen für Medien, die Kleiderwahl von Frauen, Alkohol und Musik bestehen nach wie vor, aber brutale Kontrollen sind einem System der Ambiguität mit stillschweigenden, wenn auch eingeschränkten Freiheiten gewichen. Ja, es gibt gelegentlich Razzien, aber heute sieht man Strassenmusiker, und die Geschlechtertrennung ist verhandelbarer als früher. Frauen verschieben die Grenzen langsam, aber stetig.» (Irish Times)



«Die Iranische Revolution war ein Schlüsselereignis. Das theokratische Ajatollah-Regime lieferte politischen Sprengstoff, der verschiedenen religiösen Bewegungen Impulse verlieh. Der Iran sponsert bewaffnete Gruppierungen im Jemen, in Syrien und im Irak. Die Führung kann die rapide wachsenden Wirtschaftsprobleme nicht mehr verschleiern. Sie sind nicht nur durch die US-Sanktionen bedingt, sondern auch durch schlechte Politik, Korruption und Diebstahl von Staatseigentum durch die Eliten.» (Zerkalo Nedeli, Ukraine)